

eurotopia

eurotopia - Sommerkolloquium zum europäischen Verfassungsprojekt am 1. Juni 2002 in St.Ursanne

Wofür sich eurotopia schon vor zehn Jahren einzusetzen begann, eine Verfassung für die EU, ist heute das Projekt einer eigens dafür geschaffenen neuen europäischen Institution, des europäischen Konventes zur Zukunft Europas. 105 VertreterInnen der 15 Parlamente und Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlamentes und der EU-Kommission sowie als teilnehmende Beobachter ParlamentarierInnen und RegierungsvertreterInnen der dreizehn "beitrittswilligen Staaten" - wozu aus der Sicht Brüssels die Schweiz nicht gehört - debattieren seit Ende Februar über den Sinn, den Zweck, den Inhalt und die Wege zu einer europäischen Verfassung.

An unserem eurotopia-Sommerkolloquium im jurassischen St.Ursanne, am Samstag, den 1. Juni 2002, wollen wir uns über den Stand der Diskussionen im und rund um den Konvent herum gegenseitig informieren, uns über seine Aussichten und

Ambivalenzen orientieren und fragen, was wir als schweizerische EuropäerInnen und europäischen RadikaldemokratInnen tun und beitragen können zur Erarbeitung einer europäischen Verfassung mit direktdemokratischen Elementen, die diesen Namen verdient und deren Potentiale für die europäische Integration verwirklichen kann.

*Wir treffen uns um 10 Uhr 45 * in der Bibliothek des „Ateliers pour la Démocratie Directe“, im 1. Stock an der Ruelle 16 in der schmucken Altstadt von St.Ursanne, diskutieren etwa bis 14 Uhr und essen anschliessend gemeinsam. Der Besuch eines mit dem Konvent besonders befassten Überraschungsgastes ist nicht auszuschliessen. Auf besonderen Wunsch können wir auch die TV-Sternstunde mit der Diskussion von Wolfgang Schäuble und Andi Gross zur Europäischen Verfassung als Einstieg und Anregung ansehen. Eingeladen sind alle, die sich um ein demokratisches und föderalistisches Europa kümmern, an einer Stärkung der europäischen Demokratie interessiert sind, sich darüber kundig machen wollen und bereit sind, sich dafür zu engagieren.*

**Der Zug fährt um 10.00 in Delémont ab und ist zu erreichen ab Basel um 09.22, ab Biel um 09.30, ab Bern um 08.56 (nach Biel) und ab Zürich um 08.00 (nach Basel). Siehe www.sbb.ch.*

Internetadressen zum Thema

www.iri-europe.org (Das europäische Kompetenzzentrum für Volksrechte)
www.europakonvent.info (Die Grünen im Europ. Parlament zum Konvent)
<http://conventionwatch.iue.it> (Übersicht der Europauni Florenz zum Konvent)
<http://european-convention.eu.int> (Offizielle Internetseite des EU-Konventes)



Das Sonderheft des SPIEGEL "Europa Special" (Experiment Europa, Ein Kontinent macht Geschichte) erschienen im März 2002 (146 S. / 5 EUR), und die wohl preiswerteste und substanziellste Zusammenfassung der europäischen Geschichte, der gegenwärtigen Probleme, der Aussichten und Optionen der europäischen Integration.

Als einer der wesentlichsten, weil historisch fundierten und sachlich skeptischen kürzlichen Beiträge zur europäischen Verfassungsdebatte gilt das Buch des in Grossbritannien lebenden Amerikaners Larry Siedentorp, das unter dem Titel "Demokratie in Europa" eben im Klett-Verlag auch auf deutsch erschienen ist.

Debatten, Papiere, Reden und Kalender des EU-Konventes sind alle ersichtlich auf der Internetseite des Konventes:

<http://european-convention.eu.int>

Alle täglichen wichtigen Infos zur kritischen Beobachtung der EU-Vorgänge lassen sich gratis abonnieren durch den

www.euobserver.com

"Europa wagt den Aufbruch"	
Soviel Offenheit war in Europa noch nie. Jetzt sind auch die Bürgerinnen und Bürger Europas gefordert <i>von Bruno Kaufmann</i> Nach einem halben Jahrhundert Europaintegration ist dieses Frühjahr ein öffentlich tagender Kovent mit parlamentarischer Mehrheit an die Stelle staatlicher Geheimdiplomatie getreten. Bis zum Sommer nächsten Jahres wird der Konvent einen Entwurf für einen neuen Europäischen Vertrag ausarbeiten, der - sollten am Ende die Bürgerinnen und Bürger den Text in einer Volksabstimmung verabschieden - zur ersten transnationalen Verfassung werden könnte. Mit dem 105köpfigen Konvent - 15 EU-Mitgliedsstaaten sowie 13 Kandidatenstaaten sind mit je einem Regierungs- sowie zwei ParlamentsvertreterInnen im Konvent zugegen - soll dem Integrationsprozess nach der Einführung des Euro und vor der grossen Osterweiterungsrunde eine hoffentlich entscheidende Dosis Demokratie eingespritzt werden. Zuletzt hatten nicht einmal mehr die relativ EU-begeisterten Irinnen und Iren die Arbeit der Regierungschefs unterstützt: im letzten Juni lehnten sie in einem Referendum den jüngsten EU-Vertrag ("Nizza") ab. "Europa wagt den Aufbruch", sagt Johannes Voggenhuber, Konventsvertreter der grünen Fraktion im Europaparlament (EP) zur Einberufung des Konvents. Er ist einer von insgesamt 16 EP-VertreterInnen im Konvent, der vom früheren französischen Staatspräsidenten Valérie Giscard d'Estaing präsiert wird. An Giscard's Seite sind die Ex-Regierungschefs Giuliano Amato (Italien) und Jean-Luc Dehaene (Belgien) für institutionelle Fragen beziehungsweise die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zuständig. Amatos und Dehaenes Berufung deutet an, dass die EU-Regierungschefs mit dem Vehikel Konvent die Absicht verbinden, die schon bald 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger in die Union stärker und verbindlicher in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Sowohl Valérie Giscard d'Estaing wie auch Giuliano Amato haben festgehalten, dass das Ergebnis der Konventsverhandlungen nur dann Verfassungscharakter bekommen können, wenn dieses vor einer Mehrheit von Volk und Völkern (doppeltes Mehr) in einem "europäischen Referendum" gutgeheissen worden ist. Möglicher Abstimmungstermin ist die Europaparlamentswahl im Juni 2004. Andere Mitglieder des Konventpräsidiums haben sich allerdings explizit GEGEN das Abhalten einer EU Volksabstimmung ausgesprochen. Unter ihnen Vizepräsident Jean-Luc Dehaene. "In den Sommermonaten wird es dann darum gehen, Ideen und Vorschläge für die künftige politische Gestalt zu sammeln", sagt Konventssprecher Nikolaus Meyer-Landrut: In der "heissen Phase" im nächsten Winter wird dann die schwierige Kompromissuche beginnen, an deren Ende "ein sauberer Verfassungsentwurf für Europa stehen wird", wie es der Vertreter des deutschen Bundestages im Konvent, Jürgen Meyer, ausdrückt. Die neue Offenheit der Europäischen Union reicht bis zu den Grenzen des Irak. Mit der Einladung an alle Staaten,	die über ein "aktives Beitritts-gesuch" verfügen, selbst wenn sie noch nicht mit der Kommission darüber verhandeln, ist auch die Türkei gemeint. Nicht aber die EWR-Mitgliedsstaaten Lichtenstein, Norwegen und Island - und nicht die Schweiz: Der 1848 gegründete Bundesstaat im Herzen Europas hat zwar vor zehn Jahren ein Beitritts-gesuch in Brüssel deponiert; dieses ist allerdings nach dem Nein in der EWR-Volksabstimmung am 6. Dezember 1992 auf Eis gelegt worden. Dies ist die Ausgangslage: Bis zur Sommerpause im August stehen insgesamt sechs zweitägige Sessions des Konvents auf dem Programm. Während an den ersten beiden Treffen eine Tour d'Horizon der Haltungen und Perspektiven zur weiteren europäischen Integration veranstaltet wurde (mit über 250 Wortmeldungen), hat der Konvent Anfang Mai sechs Arbeitsgruppen einberufen, die zu den wichtigsten Arbeitsthemen über den Sommer Vorschläge erarbeiten werden. Für RadikaldemokratInnen von besonderem Interesse ist natürlich die vom deutschen Parlamentsvertreter Jürgen Meyer angeregte Arbeitsgruppe, die sich mit der rechtlichen Umsetzung des dereinst vereinbarten befassen wird. Dazu gehört die Perspektive eines europäischen Referendums und - in einer grösseren Perspektive - auch die Einführung von Volksrechten auf der EU-Ebene: Volksinitiative, Referendum und Abstimmung. An der Referendumsfrage wird sich letztlich entscheiden, ob es der Konvent mit dem immer wieder genannten Imperativ "Mehr Demokratie wagen" und "Europa den BürgerInnen näher zu bringen" wirklich ernst meint. Noch tendiert wohl eine leichte Mehrheit des Konvents dazu, einem solchen Referendum aus Angst und Unwissen aus dem Weg zu gehen - und also die direkte Mitsprache der BürgerInnen letztlich zu verhindern. Deshalb gilt es nun, in dieser Frage möglichst viel Überzeugungsarbeit zu leisten und den Konvent unter Druck zu setzen. Die BürgerInnenbewegung eurotopia hat bereits Mitte der neunziger Jahre damit begonnen, konkrete Vorschläge zur direktdemokratischen Ausgestaltung einer Europäischen Verfassung auszuarbeiten. An der 22. Vollversammlung in St. Ursanne Anfang Juni können wir nun an diese Arbeit anknüpfen. Zum Glück sind wir dabei nicht mehr alleine auf weiter Flur, sondern können uns durch die Ideen und Vorschläge inspirieren und ermutigen lassen, die zum Beispiel von der deutschen Organisation "Mehr Demokratie" ausgearbeitet worden sind. Zudem veranstaltet das neugegründete Initiative & Referendum Institute Europe mit Sitz in Amsterdam Veranstaltungen zum Thema: am 19. Juni geht es auf der Schweizer Botschaft in Berlin um die "Potentiale der Direkten Demokratie im Europäischen Integrationsprozess"; genau drei Monate später, am 19. September, ist in Brüssel eine "Referendumskonferenz" im Europäischen Parlament geplant. Unabhängig davon, ob man/frau Bürger in einem EU-Staat ist oder nicht: der Konvent bietet uns allen eine einmalige Chance, die Demokratie auf der europäischen Ebene weiterzubringen. Nutzen wir sie! Bruno Kaufmann ist Gründungsmitglied von eurotopia und leitet das Amsterdamer Initiative & Referendum Institute (IRI Europe). Kontakt: kaufmann@iri-europe.org

Vermag der Konvent die Ambivalenzen zu überwinden?

Der schwierige Weg der europäischen Verfassungsgebung

von Andi Gross

Das Projekt und seine Begründung sind seit 60 Jahren bekannt. Leon Blum, vor dem Krieg sozialdemokratischer Ministerpräsident der französischen Volksfront-Regierung, formulierte sie während dem Krieg in einem Gefängnis folgendermassen: "Entweder entstehen nach diesem Krieg starke europäische Institutionen, oder dieser Krieg wird nicht der letzte gewesen sein."

Der Italiener Altiero Spinelli, später EU-Kommissar, als Europaparlamentarier Schöpfer dessen Verfassungskommission und zweier Verfassungsentwürfe sowie verantwortlich, dass 1989 Italien in einem Referendum sich als bisher einziges EU-Mitglied für eine europäische Verfassung ausgesprochen hat, schrieb 1941 auf der Gefängnisinsel Ventotene: Die Nation hat ausgehört, die ideale Organisationsform der Völkergemeinschaft zu sein."

Für Blum und Spinelli war in den 1940er Jahren ebenso klar wie für den Belgier Paul-Henri Spaak, den Schweizer Denis de Rougemont, den Deutschen Carlo Schmid oder die 1946 in Hertenstein am Vierwaldstättersee versammelten europäischen Föderalisten, welche Gestalt und welches Fundament die europäische Integration bedarf: Ein europäischer Bundesstaat neuen Typus, getragen von einer föderalistischen, europäischen Verfassung, von den Bürgerinnen und Bürgern Europas in einem Referendum angenommen. (Alles nachzulesen im 700-seitigen Wälzer von Walter Lipgssens zu den europäischen Verfassungsentwürfen von 1934 bis 1984, Frankfurt 1985).

Die grosse Frage, die wir alle genauer beantworten sollten, ist: Weshalb war dieses Verfassungsprojekt Ende der 1940er Jahre nicht möglich und weshalb gab es keine Alternative zur vertrags- statt verfassungsbegründeten, exekutiv statt bürgergetragenen und wirtschaftlich statt politisch priorisierten Form der Integration à la Monnet und Schumann?

Ich sehe vor allem drei Gründe: Der Nationalismus hatte die Katastrophen seines Produktes Krieg auch bei den verheerten Völkern weit intakter überlebt als den EU-Pionieren bewusst gewesen ist, in der Nachkriegszeit fehlte "Europa" die Souveränität um einen solchen eigenen, dritten Weg einzuschlagen, und die beiden neuen Weltmächten welche das Sagen hätten, die USA und die UdSSR, hatten an einem solchen Integrationsprojekt kein Interesse.

*

Heute, 60 Jahre später kommen die EuropäerInnen auf das ursprüngliche Projekt zurück. Zehn Jahre nach der welthistorischen Wende läutete der deutsche Aussenminister Fischer mit seiner Berliner Rede im Frühjahr 2000 auch die europapolitische Wende ein: Die Kluft zwischen der wirtschaftlichen Integrationstiefe - symbolisiert durch den erfolgreichen Euro - und der weit zurückgebliebenen europäischen Demokratieentwicklung ist zu gross geworden. 29 Referenden seit 1972

illustrierten in vielen Gegenden Europas den Preis für die elitäre, und ökonomistische Integrationskonzeption: Es ist unter den Bürgerinnen und Bürger politisch zu wenig verankert. Die Integrationskraft der Verträge und Regierungskonferenzen hat sich erschöpft, sie müssen durch Verfassungen und demokratisch direkt dazu legitimierte PolitikerInnen abgelöst werden.

Dies alles nicht weil Europa schwach und ein Misserfolg ist, sondern gerade deswegen weil es so erfolgreich ist, so attraktiv und so wichtig, gerade deshalb muss es wirtschaftlich-, sozial- und aussenpolitisch stärker werden, was nur dank einer besseren Legitimation möglich ist unter gleichzeitig klarerer Zuordnung der Kompetenzen und teilweiser Dezentralisierung von Politiken, die besser in den Regionen und Ländern angegangen werden können als in Brüssel.

Ein ganz wesentlicher Motor dieser Entwicklung ist die Globalisierung der Wirtschafts- und Marktbeziehungen während der vergangenen zwölf Jahre. Eine handlungsfähige Politik fusst auf einer intakten Beziehung zwischen Markt und Demokratie. Damit mit demokratisch legitimierten Beschlüssen die Gesellschaft die Märkte sozial-, umwelt- und mitweltverträglich machen und entsprechend disziplinierende Spielregeln setzen kann, müssen der Markt und die Quellen der demokratischen Legitimation der Politik (die Verfassungen) auf der gleichen Höhe sein. Dies ist heute aber mit nichten der Fall: Die transnationalen Märkte sind längst der nationalen Demokratie entrückt, folgen ihren eigenen rücksichtslosen Rendite-, Profit- und Produktivitätslogiken und können von nationalen Demokratien und sich darauf abstützenden Regierungen nicht mehr gezähmt werden.

Die Folge: Sozialstandards und Umweltnormen erodieren, die Macht des Stärkeren kennt keine Hemmungen mehr, die Menschen empfinden sich als ohnmächtig, Gewalt in verschiedensten Erscheinungsformen überrascht an Orten, wo sie niemand erwartet hätte, immer mehr Menschen immer häufiger.

Die Erkenntnis: Zur "Restauration" der Handlungskraft der Demokratie braucht es deren transnationale Verfassung. Zur Verteidigung des europäischen Zivilisations- und Sozialstaatsmodells benötigen wir europäisch fundierte demokratische Rechte. Zur Konsolidierung, Stärkung und vor allem Integration all jener Länder und Völker, die Jalta und Stalin 1944-1950 vom europäischen Projekt ausgeschlossen haben, brauchen wir ein politisch handlungsfähigeres Europa, das Demokratie und Kapitalströme auch zu jenen Millionen Menschen in Not lenken kann, die ohne unsere Hilfe die Folgen jahrzehntelanger totalitärer Herrschaft nicht alleine überwinden können und mit denen der Markt noch lange kein Geld verdienen kann, weshalb er sie alleine lässt.

Viele EuropäerInnen sind sich dieser Zusammenhänge mehr oder weniger bewusst. Auch der Notwendigkeit, die europäische Integration eine neue Qualität zukommen zu lassen. Deshalb die grosse, vorläufig freilich vor allem rhetorische Zustimmung, welche Fischer in den vergangenen zwei Jahren fand. Deshalb die Bereitschaft, das Experiment "Konvent" zu wiederholen. Das peinliche Schauspiel, das die Regierungschefs im Dezember 2000 in Nizza gaben, liess viele ihre eigenen Grenzen erkennen. Deshalb auch die sehr selbstkritische und teilweise schonungslose Darlegung der gegenwärtigen

Grundprobleme der EU in der Laekener Erklärung vom Dezember 2001, welcher die belgische Präsidentschaft auch zu einiger Publizität verhalf.

Dennoch geht der Mut und der politische Willen der Mehrheit derjenigen, die in der EU wirklich das Sagen haben, der Regierungs- und Staatsschefs, noch nicht sehr weit. Deshalb vermochten sie sich in Nizza nicht dazu durchzuringen, der vom ersten Konvent unter Roman Herzog erarbeiteten "EU-Grundrechtecharta" Rechtskraft im Interesse jedes Bürgers und jeder Bürgerin der EU zukommen zu lassen. Deshalb auch die höchst ambivalente Stellung, welche die Regierungschefs in Laeken dem zweiten Konvent zukommen liessen. Der Konvent ist zwar völlig frei, die Probleme zu analysieren und die institutionellen Konsequenzen zu ziehen, die er notwendig findet, doch auch die Regierungschefs behalten sich jegliche Freiheit vor, mit dem Ergebnis des Konvents zu machen, was sie für richtig halten. Das heisst, der Konvent kann ein Verfassungsprojekt vorlegen zum Beispiel, doch ob daraus dann wirklich eine Verfassung wird oder auch nur ein eigentlicher Verfassungsprozess eingeleitet wird, das hängt völlig vom Willen der Regierungschefs ab.

Nun sehen sich fast die Hälfte dieser Regierungs- und Staatsschefs 2002 vor die Aufgabe gestellt, bei ihren WählerInnen ihr Mandat zu erneuern. In Portugal und in Frankreich haben sie dies bereits hinter sich und sind mehrheitlich falliert; in den Niederlanden, Irland, Schweden und Deutschland steht ihnen dies noch bevor und es sieht dort für deren Mehrheit auch nicht gut aus. Doch auf was es mir hier ankommt: Wie zuvor in Österreich, Italien, Dänemark oder Spanien ist bei diesen ihren Wahlen Europa und ihr dortiges Tun gar kein Wahlthema, es wird darüber nicht einmal diskutiert, geschweige denn gerungen und gestritten und es wird deswegen von den Wahlen auch kein europäisches Mandat abzuleiten sein für jene, die sie gewinnen können.

Das ist für mich das entscheidende Dilemma: Dort wo viele BürgerInnen glauben, die Macht über ihre tägliche Existenz und Lebenswirklichkeit liege, wird sie immer kleiner und schwächer, und dort, wo sie wirklich ist und wo über deren Gebrauch nachgedacht und diskutiert werden sollte, reicht der Hebel der Menschen nicht, ja

diese Diskrepanz wird nicht einmal thematisiert. Gegen die Demokratie ist jedoch Europa nicht zu bauen. Und wenn die Menschen glauben, die Demokratie könne es ohnehin nur auf der nationalen Ebene geben, dann haben die Nationalisten schon gewonnen und einen unerhörten Trumpf in der Hand.

Weitere unzählige Fragen sind natürlich an den Konvent selber zu stellen: Haben die Mehrheit der KonventanerInnen überhaupt den Willen, die historische Aufgabe anzugehen, die sich ihnen im Interesse der Demokratie und Europa heute stellt? Wenn Ja, können Sie innert anderthalb Jahren zumindest versuchen, das auszugleichen, was die EU 30 Jahre lang sträflich vernachlässigt hat, nämlich ihr Projekt und ihre Entwicklung bei den BürgerInnen zu verankern und zu legitimieren.

Eine Verfassung lässt sich nämlich nicht ohne die BürgerInnen machen und schon gar nicht gegen sie. Eine Verfassung ist auch nur dann eine Verfassung, wenn die Menschen, die ihr unterliegen, ihr auch mehrheitlich zugestimmt haben. Wenn die Menschen aber am Schluss zustimmen sollen, wollen sie auch von Beginn weg miteinbezogen werden.

Oder haben sich auch die Mitglieder des Konvents bereits mit der Elitisierung der EU und der Banalisierung jeglicher existierender Demokratie schon abgefunden? Weshalb versuchen nicht sie und ihre Kollegen aus dem EU-Parlament die kommende EU-Politik zum Gegenstand der nationalen Wahlkämpfe zu machen?

Sind die KonventanerInnen und die nationalen ParlamentarierInnen und die MinisterInnen bereit, die Macht besser und feiner zu verteilen (Stichwort Direkte Demokratie) damit man sie auf europäischer Ebene neu verankern und somit insgesamt wieder mehr bekommen und die wirtschaftliche Macht besser zivilisiert werden kann. Oder reden viele von Demokratie und meinen gar nicht die Demokratie, sondern sind mit deren Reduktion auf periodische Wahlen zwischen Parteien mit ähnlichen Unterschieden wie zwischen Coca Cola und Pepsi Cola einverstanden?

Was können schliesslich wir tun? Wie sollen wir vorgehen, damit mehr Menschen merken, dass Europa seitwillen mehr Demokratie braucht, die Demokratie aber auch ihrerwillen Europa und deren transnationale Verankerung benötigt?

Andi Gross ist Vizepräsident des Europarates, Gründungsmitglied von eurotopia und leitet das Ateliers pour la Démocratie Directe. Kontakt: www.andigross.ch

Der Konvent als "paradoxe Veranstaltung"

Der Leipziger Professor Georg Vobruba bezeichnet in seinem mit der Frage "Was kann der Konvent?" überschriebenen Beitrag in Mai-Ausgabe der "Blätter für deutsche und internationale Politik" den EU-Konvent "eine paradoxe Veranstaltung".

Vobruba sieht vor allem drei Probleme, die der Konvent angehen muss, wenn er sich "entparadoxieren" will. Erstens das Problem der "grossen Zahl", zweitens jenes der "grossen Unterschiede" und drittens jenes der Folgen der "grossen Versäumnisse".

Darunter versteht er folgendes. Erstens: "Politische Entscheidungen über immer mehr wichtige Materien, an die sich immer mehr Mitglieder tatsächlich halten sollen - das ist das Problem der grossen Zahl, vor dem die EU steht." Zweitens: "Erhebliche wirtschaftliche Unterschiede und Interessendifferenzen ohne allgemein akzeptierten, verlässlichen transnationalen Ausgleichsmechanismus - das ist das Problem der grossen Unterschiede, vor dem die EU steht." Drittens: "Ein politisches Grossprojekt als Elitenprojekt und ohne einen breit getragenen politischen Prozess - das ist das Problem der grossen Versäumnisse in der EU."

Diese drei grossen Probleme liessen sich, so Vobruba, nur auf europäischer Ebene mittels handlungsfähiger europäischer politischer Institutionen lösen. Dazu brauche es zusätzliche Kompetenzen an die EU ("Nationalstaatliche Selbstentmachtung zwecks Steigerung europäischer Handlungsfähigkeit"), damit diese Integrationsleistungen realisieren kann, welcher kein Staat alleine schafft. Dazu wiederum benötige die EU "Akteure, die zu aufgeklärt-langfristiger Verfolgung politischer Interessen in der Lage" seien. Davon würde auch abhängen, ob der Konvent zu "substanziellen Ergebnissen" kommen könne.